

Mehr Markt oder mehr Staat

René L. Frey

Artikel erschienen in *Basler Zeitung*, 29. Mai 2012, S. 11

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2012-09

Mehr Markt oder mehr Staat

Prof. Dr. Dr. h.c. René L. Frey

em. Ordinarius für Nationalökonomie, Universität Basel

CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Basel und Zürich

Die real existierenden Volkswirtschaften sind keine reinen Marktwirtschaften. Sie bestehen vielmehr aus einem Gemisch von marktwirtschaftlichen und staatlichen Steuerungselementen. In gewissen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung wird Marktversagen stark empfunden und mit Verstaatlichung und Regulierung bekämpft, in anderen steht das Unbehagen über Staatsversagen im Vordergrund. Dann werden Liberalisierungsschritte in Form von Privatisierungen oder Deregulierungen unternommen. Um die Jahrtausendwende befanden sich viele Länder, auch die Schweiz, in einer solchen Entstaatlichungsphase. Der globale Standortwettbewerb zwang den Staat zu mehr Effizienz in der Erfüllung seiner Aufgabe.

Die jüngste Finanzkrise hat nun aber den Glauben an und das Vertrauen in das marktwirtschaftliche System erschüttert. Davon betroffen sind auch die Privatisierung und die Deregulierung. Entsprechende Liberalisierungsprogramme werden derzeit gebremst, auf Eis gelegt, teilweise sogar rückgängig gemacht.

Unter Liberalisierung kann Unterschiedliches verstanden werden. Eine erste Stossrichtung besteht in der Überführung von hoheitlich organisierten Staatsbetrieben oder Verwaltungsabteilungen in privatrechtliche Unternehmungen in Privateigentum sowie in der Einführung von privatwirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen. Hierfür ist die Bezeichnung «Privatisierung im engen Sinn» angebracht. Die zweite Stossrichtung, jene der Deregulierung, besteht im Übergang von Monopolen zu Wettbewerb und im Abbau von staatlichen Vorschriften. Drittens kann die Finanzierung geändert werden, indem Steuern durch Gebühren oder Preise ersetzt werden.

Nicht alle staatlichen Aufgabenbereiche eignen sich gleich gut für Privatisierungen und Deregulierungen. Oft gibt es gute Gründe, nicht gleichzeitig alle drei Reformschritte zu machen und dabei jeweils bis zum Extrem zu gehen. Dies würde bedeuten: Aktiengesellschaften ohne Staat als Aktionär, keinerlei Regulierungen und Finanzierung ausschliesslich über Marktpreise.

In gewissen Fällen kann sich sogar eine Re-Regulierung als notwendig erweisen. Dies ist etwa

der Fall bei der Eisenbahn. Wenn die Privatisierung lediglich den Betrieb, nicht aber das Schienennetz umfasst, muss ein Regulator festlegen, welches Bahnunternehmen wann zu welchen Bedingungen das Netz nutzen darf.

Verschiedene Liberalisierungsmassnahmen der letzten Jahrzehnte haben spektakuläre Verbesserungen für die Bevölkerung und die Unternehmungen gebracht. Man denke bloss an den Luftverkehr und die Telekommunikation. Die tieferen Preise, die neuartigen Angebote und das (meist) kundenfreundlichere Verhalten der Anbieter möchten die Wenigsten missen. Welch ein Unterschied zu den gar nicht so weit zurückliegenden Zeiten, als die PTT ihren Kunden – man müsste eher sagen Untertanen – lediglich die Wahl zwischen schwarzen und grauen Telefonapparaten sowie zwischen Tisch- und Wandmodellen liessen.

Wie alle Reformen haben Privatisierungen und Deregulierungen neben Gewinnern auch Verlierer. Zu den Letzteren gehören Personengruppen, die nicht fähig oder nicht willens sind, sich an den durch Globalisierung und Liberalisierung ausgelösten Strukturwandel anzupassen. Arbeitskräfte, die befürchten, ihre Stelle zu verlieren, und Konsumenten, die nicht mehr von subventionierten Dienstleistungen profitieren könnten, leisten dann Widerstand und versuchen, Entstaatlichungsmassnahmen zu verhindern, zu bremsen oder zu verwässern. Ein beliebtes Argument von Gewerkschaften und Randregionen lautet, nur dadurch sei der *Service public* zu gewährleisten. Selbstverständlich ist die Sicherstellung einer minimalen Grundversorgung mit bestimmten Diensten in den verschiedenen Infrastrukturbereichen ernst zu nehmen. Es gibt jedoch effizientere und verteilungsmässig treffsicherere Wege als die Verhinderungen von Entstaatlichungsmassnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Das Schlagwort «Service public» ist im politischen Gerangel um Privilegien und Renten leider zum vorgeschobenen Argument verkommen.

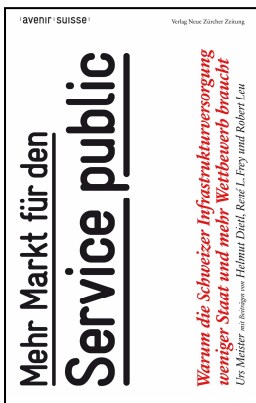
Die Privatisierung von Staatsbetrieben ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Es kann nicht einfach darum gehen, staatlichen Organisationen ein privates Rechtskleid überzustülpen, sie in den Wettbewerb zu entlassen oder anders zu finanzieren. Es muss

auch verhindert werden, dass dabei typische Probleme privater Grossunternehmungen eingehandelt werden. In der letzten Zeit sind diese unter dem Schlagwort «Corporate Governance» breit diskutiert worden. Wir wissen mittlerweile, worauf bei Liberalisierungen zu achten ist, damit Wohlfahrtsverluste durch Markt- und Managementversagen verhindert werden. Wichtig sind insbesondere Transparenz, zweckmässige Anreizstrukturen, Checks

und Balances, Risikomanagement, Controlling und Fairness.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn die derzeitige Finanzkrise dazu missbraucht würde, um Privatisierungs- und Deregulierungsschritte, die mit Blick auf die gute Positionierung der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb erforderlich sind, zu behindern oder zu verhindern.

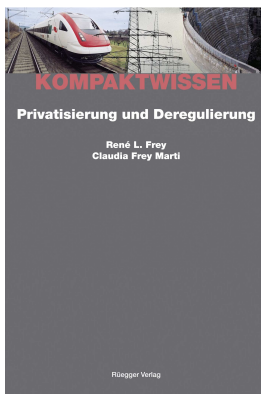
Vor kurzem sind zwei Bücher erschienen, die Reformen im Infrastrukturbereich zum Thema haben:



Urs Meister, mit Beiträgen von Helmut Dietl, René L. Frey und Robert Leu:

Mehr Markt für den Service public.
Warum die Schweizer Infrastrukturversorgung weniger Staat und mehr Wettbewerb braucht.

Zürich: Neue Zürcher Zeitung 2012 (Herausgeber: Avenir Suisse)
ISBN 978-3-03823-771-6



René L. Frey und Claudia Frey Marti:

Privatisierung und Deregulierung.
Reformen der Schweizer Infrastrukturpolitik

Zürich/Chur: Verlag Rüegger 2012 (Reihe Kompaktwissen)
ISBN 978-3-7253-0991-7